21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen

Wortprotokoll
der 16. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen
Berlin, den 15. April 2026, 17:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E 700

Vorsitz: Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 5**

Beschlussfassung gemäß § 70 Abs. 1 Satz 2 GO-BT über die Durchführung öffentlicher Fachgespräche

1.1. zum Thema **„Nachhaltiges Bauen“** am 10. Juni 2026

1.2. zum Thema **„Nachhaltige Flächenpolitik“** am 20. Mai 2026

1.3. zum Thema **„Klimakrise“** mit Autor Frank Schätzing („Was, wenn wir einfach die Welt retten“) am 14. Oktober 2026

1.4. zum Thema **„Stromausfall in Europa“** mit Autor Marc Elsberg („Blackout – Morgen ist es zu spät“) am 9. Dezember 2026

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 5**

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung – Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 21(26)38

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 5**

Fachgespräch zum Thema **„Nachhaltige Stadt“ (Schwerpunkt „Nachhaltiges Wassermanagement“)** mit den Sachverständigen **Prof. Dr.-Ing. Jörg E. Drewes** und **Prof. Dr. Uli Paetzel**

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 5**

Verschiedenes

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen

Liste der Sachverständigen:

Prof. Dr.-Ing. Jörg E. Drewes (digitale Teilnahme)
Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)
Leiter des Lehrstuhls und der Versuchsanstalt für Siedlungswasserwirtschaft, Technische Universität München

Prof. Dr. Uli Paetzel (digitale Teilnahme)
Präsident der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)

Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	**Stellvertretende Mitglieder**
CDU/CSU	Beek, Sascha van Bosbach, Caroline Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Weiss, Dr. Maria-Lena Winkelmeier-Becker, Elisabeth	Aeikens, Anna Bilic, Florian Lenz, Dr. Andreas Mack, Klaus Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang
AfD	Birghan, Dr. Christoph Groß, Rainer Hilse, Karsten Kraft, Dr. Rainer	Martel, Johann Pauli, Denis Rentzsch, Matthias Schmidt, Dr. Paul
SPD	Abdi, Sanae Bollmann, Hendrik Kreiser, Dunja Michel, Kathrin	Kleebank, Helmut Zierke, Stefan
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Lübcke, Dr. Andrea Wagner, Johannes	Vriesema, Mayra Wagener, Niklas
Die Linke	Fahl, Dr. Fabian Hermeier, Mareike	Bock, Violetta

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich begrüße Sie alle herzlich, vor allem unsere Sachverständigen, die digital zugeschaltet sind. Wir haben zunächst noch einige Formalia zu besprechen und können gleich mit Ihnen starten.

Tagesordnungspunkt 1

Beschlussfassung gemäß § 70 Abs. 1 Satz 2 GO-BT über die Durchführung öffentlicher Fachgespräche

1.1. zum Thema „Nachhaltiges Bauen“ am 10. Juni 2026

1.2. zum Thema „Nachhaltige Flächenpolitik“ am 20. Mai 2026

1.3. zum Thema „Klimakrise“ mit Autor Frank Schätzing („Was, wenn wir einfach die Welt retten“) am 14. Oktober 2026

1.4. zum Thema „Stromausfall in Europa“ mit Autor Marc Elsberg („Blackout – Morgen ist es zu spät“) am 9. Dezember 2026

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Unter Tagesordnungspunkt 1, den ich hiermit aufrufe, haben wir zunächst die Beschlussfassung über die Durchführung öffentlicher Fachgespräche zu folgenden Themen: Am 20. Mai 2026 wollen wir über nachhaltige Flächenpolitik sprechen, am 10. Juni 2026 über nachhaltiges Bauen. Das haben wir soeben in der Obleuterunde vorbesprochen, alle Vorschläge stammen aus unserem Kreis. Zudem möchte ich Sie bitten, sich bereits jetzt zwei weitere Termine dick und rot im Kalender anzustreichen: Am 14. Oktober 2026 haben wir die Zusage, dass Frank Schätzing, ein bekannter Autor, zu uns kommt. Er wird zum Thema „Klimakrise“ sprechen. Am 9. Dezember 2026 kommt der Autor Marc Elsberg, der den dystopischen Roman „Blackout – Morgen ist es zu spät“ geschrieben hat – darüber, was alles geschieht, wenn bestimmte Dinge ausfallen. Wer ist dagegen? Erwartungsgemäß niemand. Möchte sich jemand enthalten? Das ist nicht der Fall. Damit haben wir das einvernehmlich beschlossen.

Tagesordnungspunkt 2

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung – Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 21(26)38

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Unter Tagesordnungspunkt 2 haben wir die Nachhaltigkeitsprüfung – Beschlussfassung über die Votenliste. Prüfbitten sind nicht angekündigt worden. Gibt es Zustimmung zur Votenliste? Das ist der Fall.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Wir ziehen Tagesordnungspunkt 4, Verschiedenes, vor. Frau Ruders von der Berliner Regenwasseragentur, die in einer der letzten Sitzungen als Sachverständige bei uns war, hat uns angeboten, ein Schwammstadtprojekt vor Ort zu besichtigen. Dafür haben wir soeben den 8. Juni 2026 als Termin vorgeschlagen. Vorausgesetzt, Frau Ruders stimmt zu, wäre das ein offenes Angebot an die Beiratsmitglieder und gerne auch an andere Kollegen und Mitarbeiter, sich das vor Ort anzuschauen. Eine lange Planung ist dafür nicht nötig, es wäre aber sicherlich schön, wenn Frau Ruders wüsste, „wie viel Kaffee sie kochen muss“.

Außerdem steht der „Tag der Ein- und Ausblicke“ an. Dort findet eine Podiumsdiskussion statt, für die bereits alle Teilnehmer benannt worden sind, nämlich die Obleute.
Gibt es noch weitere Punkte unter Verschiedenes? Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 3

Fachgespräch zum Thema „Nachhaltige Stadt“ (Schwerpunkt „Nachhaltiges Wassermanagement“) mit den Sachverständigen Prof. Dr.-Ing. Jörg E. Drewes und Prof. Dr. Uli Paetzel

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3, dem Fachgespräch zum Thema „Nachhaltige Stadt“ mit dem Schwerpunkt „Nachhaltiges Wassermanagement“. Wir haben heute zwei Sachverständige, die digital

zugeschaltet sind. Ich darf Herrn Professor Dr. Jörg Drewes und Herrn Professor Dr. Uli Paetzel begrüßen.

Herr Professor Drewes ist Leiter des Lehrstuhls und der Versuchsanstalt für Siedlungswasserwirtschaft an der Technischen Universität München. Seit 2020 ist er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) und hat damit das große Bild im Blick. Sie forschen zur fortschrittlichen Wasseraufbereitung und zum nachhaltigen Wassermanagement.

Herr Professor Paetzel ist Vorstandsvorsitzender der Emschergenossenschaft und des Lippeverbands sowie Präsident der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA). Er setzt sich vor allem für eine nachhaltige Wasserwirtschaft, die Klimaanpassung in urbanen Räumen, die Gewässerrenaturierung und den Strukturwandel im Ruhrgebiet ein.

Danke, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, uns in die Problematik einzuführen und idealerweise auch Lösungsansätze für die Probleme aufzuzeigen, die Sie identifizieren. Wir beginnen gleich: Herr Professor Drewes wird mit einem bis zu zehnminütigen Input starten. Sie haben das Wort.

Sachverständiger **Prof. Dr.-Ing. Jörg E. Drewes** (Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU); Leiter des Lehrstuhls und der Versuchsanstalt für Siedlungswasserwirtschaft, Technische Universität München): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren. Herzlichen Dank für die Einladung, auch stellvertretend für den WBGU, und herzlichen Dank dafür, dass Sie sich dieses Themas annehmen. Ich habe einige Folien zusammengestellt.

Der WBGU ist Ihnen sicherlich bekannt. Er ist ein Beratungsgremium, das 1992 von der Bundesregierung eingerichtet wurde, mit der Aufgabe, sich mit globalen Veränderungen und Entwicklungen zu befassen und auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung zu erarbeiten, wie diese Probleme angegangen werden können. In den letzten drei Jahren haben wir uns mit zwei Schwerpunktthemen beschäftigt, die – wie ich glaube – auch für Ihre heutige Diskussion hoch relevant sind: zum einen mit dem Thema Wasser, zum anderen mit dem Thema Gesundheit. Ich möchte Ihnen einige dieser Erkenntnisse mitgeben und einige Empfehlungen aussprechen.

Führen wir uns einmal vor Augen, wie wir in der Wasserwirtschaft bisher bei der Auslegung von Wasserinfrastruktur vorgegangen sind: Bei Auslegung und Betrieb haben wir uns auf historische Erfahrungen und Erfahrungsspektren verlassen, innerhalb derer eine solche Infrastruktur ausgelegt werden kann. Ein Beispiel ist ein extremes Hochwasserereignis, das einmal in 100 Jahren auftritt. Dieses gibt den Maßstab für die Höhe eines Hochwasserdammes oder für die Größe einer Talsperre vor. Betrachten wir nun die Niederschläge, die Verdunstungsraten, die Grundwasserstände oder die Abflüsse in unseren Fließgewässern, stellen wir fest – nicht nur in Deutschland oder Europa, sondern tatsächlich global –, dass es steigende und fallende Trends gibt. Wir haben Stufenfunktionen, bei denen sich Landschaften und Regionen komplett verändern und Wassernotstände auftreten, sodass keine Landwirtschaft mehr möglich ist, und wir sehen eine viel stärkere Varianz: Extremereignisse in beide Richtungen, also zu viel und zu wenig Wasser. Früher hatten wir stationäre Bedingungen, diesen neuen Umstand bezeichnen wir mit dem Begriff der Instationarität. Das ist das neue Normal, und wir müssen davon ausgehen, dass dieser Zustand unumkehrbar ist. Wir haben es hier mit einer neuen Qualität von Risiken und insbesondere von Unsicherheiten zu tun, und das müssen wir in unseren Planungen berücksichtigen. Wir können uns ein Stück weit an diese Veränderung anpassen, das ist möglich, es gibt aber auch Grenzen der Anpassung. Diese mögen durch Ressourcen bedingt sein, eine Anpassung kann aber auch nicht mehr möglich sein.

Ich möchte Ihnen an einem kurzen Beispiel aus dem Freistaat Bayern zeigen, was das bedeutet. Sie sehen hier die Niederschlagsmuster für den Freistaat, aufgegliedert nach Nord- und Südbayern in Gelb und Blau, für die Jahre 2024 und 2025. Die Abweichung vom langjährigen Mittel der

Niederschläge reicht im Jahr 2024 bis über 100 Prozent. Im Jahr 2025, das eher ein trockenes Jahr war oder zumindest so begonnen hat, sehen wir Ausschläge bis minus 70 Prozent, und diese halten tatsächlich über Monate an. Wir sehen also trockene Bedingungen, und an solche Niederschlagsverhältnisse muss sich die Infrastruktur anpassen. Wir müssen zudem konstatieren, dass die Infrastruktur bei solchen Extremereignissen häufig bereits an ihre Grenzen stößt oder sogar überfordert ist.

Gleiches gilt für die Abflüsse in den Fließgewässern. Auch hier sehen wir massive Veränderungen. Dargestellt sind hier die Abflüsse, die unterhalb des mittleren Niedrigwasserabflusses liegen. Auch hier sehen Sie für die zweite Jahreshälfte 2025 eine massive Reduktion des ohnehin niedrigen Niedrigwasserabflusses der Fließgewässer. Weniger Wasser in den Fließgewässern bedeutet, dass sich Stoffe stärker aufkonzentrieren können. Das hat direkte Auswirkungen auf die aquatischen Ökosysteme, aber auch auf die Trinkwassergewinnung, wenn diese im Abstrom von Einleitungen, beispielsweise einer Kläranlage, erfolgt und damit unter Druck gerät. Wassermenge und Wasserqualität sind daher eng gekoppelt, und deswegen müssen wir nicht nur auf die Wassermenge schauen, sondern auch auf die Wasserqualität. Wenn die Verdünnung fehlt, haben wir damit einhergehend sofort ein Wasserqualitätsproblem. Was können wir tun? Es ist wichtig, dass wir gezielt auf Schadstoffe schauen, die schlecht abbaubar und unter Umständen gesundheitsschädlich sind, und diese erst gar nicht in die Gewässer gelangen lassen.

Das ist in der Europäischen Union mit der Überarbeitung der Wassergesetzgebung umgesetzt worden – mit der Trinkwasserrichtlinie, der revidierten Kommunalabwasserrichtlinie und einer neuen Verordnung zur Wasserwiederverwendung. Jetzt ist es aber wichtig, dass diese umgehend und umfassend umgesetzt werden. Wichtig sind zudem neue Testverfahren, um frühzeitig zu erkennen, welche Chemikalien überhaupt gefährlich sind, sich unter Umständen anreichern oder nicht mehr abbaubar sind.

Damit verbunden sind auch Chancen. Bekanntlich können wir aus Abwasser Rohstoffe zurückgewinnen. Das gilt für Nährstoffe, für die Energierückgewinnung tun wir das bereits seit Langem. Man kann aber auch andere Stoffe aus Abwasser zurückgewinnen. Auch das ist eine Option und eine Chance, die sich hier auftut. Ebenso können wir flexiblere Lösungen und neue Sanitärinfrastruktursysteme etablieren, um Wasserqualitätsprobleme erst gar nicht entstehen zu lassen. Auch das sind Möglichkeiten. Dies umzusetzen, erfordert aber entsprechende Ressourcen und vor allem Zeit.

Wir haben bereits gehört, dass Wasser in Städten eine wichtige Rolle spielt. Insbesondere wenn Flächen versiegelt sind, fließt Wasser sehr schnell ab und verbleibt nicht in den Städten. Wasser ist aber auch wichtig für die grüne Infrastruktur in Städten und bestimmt damit das Mikroklima. Fehlt Wasser oder fließt es schnell ab, gibt es möglicherweise nicht genügend Möglichkeiten, diese Pufferfunktion des Wassers indirekt über die Vegetation zu nutzen. Gerade bei langanhaltenden Trockenphasen und Hitzewellen kann es dann zu Hitzestress kommen. Auf dieser Karte sehen wir in Rot zahlreiche Städte, die bereits jetzt unter Hitzestress leiden – bedauerlicherweise verbunden mit einer steigenden Zahl von Hitzetoten. Das ist also ein substanzieller Nachteil dieser Veränderung.

Es geht also darum, die Anpassungsfähigkeit von Städten zu steigern und sie insbesondere auf diese instationären, hochdynamischen Bedingungen einzustellen. Das betrifft alle Beteiligten: die Verwaltung, die Betreiber und auch alle Nutzer. Dafür brauchen wir eine vorausschauende Infrastrukturplanung, insbesondere eine, die akteursübergreifend wirkt und anpassungsfähig ist. Wie bereits gesagt, handelt es sich um eine neue Dimension von Unsicherheiten und eine neue Qualität von Risiken. Wir haben dafür nicht zwangsläufig bereits alle Lösungen. Die Planung sollte also lösungsoffen sein und dort, wo Lösungen nicht sofort greifen, weil sich die Randbedingungen massiv verändern, nachsteuern können. Das sollten die Entscheidungsträger – glaube ich – im Hinterkopf behalten.

Welche Kriterien kann man daher an neue Maßnahmen anlegen? Wir haben hierfür vier Prüfkriterien definiert. Das erste ist, die wasserbezogene Wirksamkeit nach heutigem Kenntnisstand zu prüfen, sie aber auch in die

Zukunft zu projizieren: Wie wirksam wird eine Maßnahme, die heute gut ist, im Jahr 2050 sein? Zweitens: Wie kann diese Maßnahme angesichts des lokalen Kontextes umgesetzt werden, also der Wasserverfügbarkeit, aber auch der Technologien, der Finanzen und der Institutionen an einem Standort? Drittens sollte der Fokus nicht primär auf dem Wasser liegen, sondern stärker auf den damit verbundenen Mehrgewinnen, also der Verbesserung der Klimaanpassung, der Biodiversität, der Gesundheit oder auch wirtschaftlichen Aspekten. Viertens ist es wichtig, mögliche unbeabsichtigte Folgen dieser Maßnahmen mitzudenken.

Ein kleines Beispiel: Sie sehen hier die Karte der Harzwasserwerke in Norddeutschland, über die Wasser aus dem Harz bis nach Bremen fließt. Man könnte argumentieren: Wenn wir nicht genug Wasser haben, bauen wir eine weitere Fernwasserversorgung aus. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass solche Maßnahmen Zeit brauchen und nicht sofort wirksam sind. Wenn Sie sich vorstellen, dass die Talsperren in Zukunft möglicherweise nicht mehr jedes Jahr komplett voll sein werden, dann hilft uns auch eine neue Talsperre oder Fernwasserversorgung nicht weiter, wenn sie nicht mehr wirksam sein kann. Damit verbunden sind zudem lange Realisierungszeiträume und enorme Ressourcen, die für die Umsetzung benötigt werden. Wir brauchen also auch andere Lösungen – dezentralere und flexiblere Lösungen.

Wie kann man nun einordnen, was kurzfristig notwendig ist? Sicherlich muss die Infrastrukturplanung angepasst werden. Ich hatte bereits erwähnt, dass ein Hochwasserereignis, das einmal in 100 Jahren eintritt, in der Regel noch gut prognostizierbar war. In einigen Regionen Deutschlands, beispielsweise in den Alpen, haben wir bereits jetzt Hochwasserereignisse in extremem Ausmaß, die mittlerweile alle 10 bis 20 Jahre auftreten – also eine deutliche Beschleunigung dieser Extreme, an die unsere Infrastruktur bisher nicht angepasst ist. Bisher haben wir uns darum gekümmert, die Wasserversorgung aufrechtzuerhalten, wir müssen aber auch die Wasserverbräuche stärker managen, sie gegebenenfalls einschränken oder zeitlich entzerren. Beide Aspekte zu bewirtschaften, ist wichtig, und dafür brauchen wir bessere Daten, also eine Digitalisierungsoffensive, um Wasserverbräuche und Verfügbarkeiten in Echtzeit zu kennen.

Mittelfristig geht es darum, die Nutzung auf möglichst unabhängige, also hydrologisch voneinander unabhängige lokale Wasserressourcen auszuweiten. Das ist auch eine Vorgabe der Wasserplanung, es hilft aber nicht, wenn zwei Brunnen im selben Grundwasserleiter stehen, in dem der Grundwasserspiegel absinkt. Wir müssen uns also diverser aufstellen, lokal, regional und auch überregional Grundwasseranreichung betreiben und Verbünde schaffen – als zweites Standbein.

Wir sollten aber auch über alternative Frischwasserressourcen nachdenken. Das kann die Regenwassernutzung sein, die Grauwassernutzung, die Meerwasserentsalzung in der Nordseeregion oder auch die Wasserwiederverwendung, die sich anbietet.

Mittel- und langfristig geht es auch darum, Wasser in den Städten zurückzuhalten. Sie haben in Ihrer vorherigen Sitzung bereits über die Schwammstadt gesprochen. Genau das ist das Konzept: die blaue und die grüne Infrastruktur sektorübergreifend zu bewirtschaften. Das betrifft Flächen aller Nutzungsgrade und schließt die Städte ein. Wasser hat hier eine Pufferfunktion: Bei zu viel Wasser geht es darum, es zurückzuhalten, versickern zu lassen und Retentionsräume zu schaffen, damit Hochwasserwellen erst gar nicht entstehen. Bei Trockenheit geht es darum, Wasser zu halten und damit das Mikroklima zu verbessern sowie die Wasserreserven in den Städten zu erhöhen. Das gelingt nur im Verbund der blau-grünen mit der bestehenden grauen Infrastruktur, die sich nicht so leicht komplett umbauen lässt. Wir müssen also Hybridlösungen entwickeln, die auf der bestehenden Infrastruktur aufbauen und die blau-grüne Infrastruktur mitnutzen.

Wichtig ist auch, Wasser wertzuschätzen. Das bedeutet insbesondere, bei langfristigen Investitionsentscheidungen die Risiken mitzudenken, die man damit vermeiden kann, und jedes Gelegenheitsfenster für Umbauten und Neuentwicklungen – etwa beim Bau neuer Stadtquartiere – zu nutzen, um wirksam auf neue Konzepte umzustellen.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel aus Kopenhagen zeigen. Die Stadt erlebte am 2. Juli 2011 eine extreme Sturzflut: Innerhalb von weniger als zwei Stunden fiel ein Fünftel des Jahresniederschlags. Die Stadtplaner befürchteten, dass sich dies wiederholen würde, und starteten ein Programm, um Kopenhagen komplett umzugestalten und solche Extremereignisse abzupuffern, indem Retentionsräume geschaffen werden, in denen Regenwasser zurückgehalten werden, langsam abfließen und versickern kann. Das hat enorme Investitionen erfordert, das ist klar. Die Argumentation lautete jedoch, dass diese Investitionen günstiger sind als die Kosten künftiger Schäden, die damit vermieden werden. Es geht also auch darum, in die Zukunft zu denken, welche Schäden wir vermeiden können, und damit ein Stück weit eine Rechtfertigung für große Investitionsmaßnahmen zu schaffen.

Es ist wahrscheinlich keine Überraschung, dass wir die Umsetzung beschleunigen müssen. Wir stehen vor enormen Herausforderungen und müssen die Weichen heute stellen, damit Infrastrukturmaßnahmen in 5, 10 und 15 Jahren greifen können – das wird im jetzigen Kontext aber nicht unbedingt geschehen. Wir müssen also auch über neue Organisationsformen nachdenken, etwa darüber, wie wir dezentralere Governance-Strukturen etablieren und damit den Vollzug, die Realisierung und die Implementierung beschleunigen können. Damit einhergehend muss auch der regulatorische Rahmen angepasst werden. Wir haben bereits einige sehr gute Leitbilder, die uns bei der Priorisierung helfen. Ich möchte auf das Leitbild der wassersensiblen Stadtentwicklung im Baugesetzbuch abheben oder auf das Leitbild der multifunktionalen Flächennutzung, wenn wir an die Bauleitplanung denken. Dies muss priorisiert werden, um dem Wasser auch hier das entsprechende Gewicht zu geben.

Wir haben es also mit neuen Risiken und neuen Unsicherheiten zu tun, die wir so nicht kannten, mit der Instationarität. Wir wollen in unseren Städten aber dennoch handlungsfähig bleiben und proaktiv handeln. Das können wir erreichen, indem wir die Resilienz steigern. Ich habe Ihnen im Schnelldurchlauf einige technische Maßnahmen vorgestellt: Puffer schaffen, naturbasierte Lösungen voranbringen, blaue und grüne Infrastruktur koppeln, aber auch das Portfolio der Wasserressourcen erweitern und Kreisläufe schließen. Auf der Planungs- und Entscheidungsebene geht es darum, die Umsetzungsgovernance zu stärken. Dazu gehört auch, über dezentrale Governance-Strukturen nachzudenken, die entscheidungsrechtlichen Strukturen anzupassen und Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen. Ich hoffe, dass Ihnen das einen kleinen Eindruck davon vermittelt hat, welche Maßnahmen auf verschiedenen Zeitskalen helfen könnten, und stehe gerne für Rückfragen zur Verfügung. Herzlichen Dank.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank für den umfassenden Einblick. Ich denke, wir werden noch Gelegenheit zu Nachfragen haben. Wir wechseln nun zu Herrn Professor Paetzel und hören gerne Ihren Input.

Sachverständiger **Prof. Dr. Uli Paetzel** (Präsident der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)): Werte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Im Namen der DWA sowie der Emschergenossenschaft und des Lippeverbands (EGLV) freue ich mich, dass ich dabei sein darf. Ich versuche, die Punkte, die Herr Professor Drewes bereits angesprochen hat, zu überspringen. In den allermeisten Punkten stimme ich ihm zu. Schauen wir auf die aktuellen Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Wir wissen, dass wir es in Zeiten der Klimakrise mit höheren Temperaturen zu tun haben. Das führt dazu, dass sich unser Verhältnis zum Wasser komplett verändern wird. Angesichts von Starkregen und Hochwasserereignissen, aber auch von Dürreperioden werden wir völlig anders über das Thema reden, und das wird konkret auch die Politik beschäftigen, die die Dinge anders angehen muss.

Die Erwartungen an die Gewässer werden sich verändern. Bei der Wasserentnahme, beim Mikroklima und bei der Wasserkraft werden wir höhere Anforderungen haben, und auf der anderen Seite werden auch die Belastungen deutlich steigen – durch die Wasserqualität, durch den Trockenstress, aber auch durch die Überflutung von Gewässern. Wir stehen beim

Thema Wasser also vor einer grundlegend neuen Situation.

Schauen wir auf der nächsten Folie auf die Governance-Ebene und die rechtliche Ebene. Wir haben einen umfassenden rechtlichen Rahmen – vom Wasserhaushaltsgesetz über die Landeswassergesetze bis hin zur europäischen Ebene mit der Wasserrahmenrichtlinie oder den Baugesetzen, Bauordnungen etc., die dort greifen.

Ich möchte auf zwei wichtige Punkte hinweisen, die uns für die nächsten Jahre bereits sehr gut anleiten. Das ist zum einen die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur. Danach darf es in Städten bis 2030 keinen Nettoverlust an urbanen Grünflächen geben und danach einen Zuwachs. Das bedeutet, dass die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Städte – für die Feuerwehr, für neue Baugebiete, aber auch für Industrie- und Gewerbegebiete – deutlich abnehmen werden. Das rollt auf uns zu, und wir müssen hier den Zielzustand im nationalen Wiederherstellungsplan festlegen. Hier kommt also etwas auf uns zu, das uns konkret einholen wird.

Das Zweite ist das Verschlechterungsverbot, das bereits gerichtlich bestätigt ist. Das bedeutet: Immer dann, wenn ich eine vorhandene Fläche bebaue, sei es im Gewerbegebiet oder indem ich ein neues Wohngebiet anlege oder eine Schule oder Kita baue, muss das Wasser auf dieser Fläche zurückgehalten werden beziehungsweise dürfen keine neuen Spitzen im Kanalsystem entstehen. Für alle Investoren wird die Entwicklung von Flächen damit schwieriger. Wir haben also bereits zwei wesentliche Instrumente, die – das will ich aber auch sagen – die meisten Kommunen überhaupt nicht kennen und überhaupt nicht anwenden. Das ist eine sehr spannende Frage, die wir als Wasserwirtschaft in unserer Rolle als Träger öffentlicher Belange einzubringen versuchen und in unseren Stellungnahmen deutlich machen.

Herr Professor Drewes hat bereits die blau-grüne Stadt der Zukunft angesprochen, deswegen gehe ich die nächsten Folien etwas schneller durch. Sie kennen die Klimaanpassungsmaßnahmen, die dann folgen, und sehen hier, was man tun kann. Wasser schafft Lebensqualität. Stadtentwicklung und Regenwasserabkopplung können zusammengehen. Die Maßnahmen, die man ergreifen kann, sind überhaupt nicht teuer. Dachbegrünung, Fassadenbegrünung, Rigolen und Blühstreifen kosten wenig Geld und haben einen großen Effekt – ebenso wie die drei Maßnahmen auf der nächsten Folie, nämlich Versickerung, Verdunstung und Flächenentsiegelung. Diese Maßnahmen können in der Regel durch einfache bauliche Maßnahmen umgesetzt werden.

Dahinter steht, wie bereits angesprochen, das Grundprinzip der Schwammstadt. Wir wissen, dass es funktioniert, und wir haben alle Erkenntnisse – wir müssen es nur umsetzen. Wenn wir die natürliche Regenwasserbewirtschaftung in den Vordergrund rücken, sehen wir, dass wasserbezogene Maßnahmen echte Multitalente sind und auf unterschiedliche Felder einzahlen: Gesundheit, Bildung, soziales Miteinander, Luftqualität, Kühlung, Biodiversität. Kurzum: Die Zukunft liegt in lebenswerten, klimaresilienten Städten, und dafür brauchen wir diese multifunktionalen Strukturen.

Ich glaube, das größte Problem liegt auf der Ebene der Akteure. Schauen Sie sich allein an, was auf kommunaler Ebene bei solchen Projekten an Abstimmungen gelöst werden muss – sei es innerhalb einer Stadtverwaltung, sei es mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren – und wie die Diskussionen verlaufen. Das kennen Sie sicherlich alle aus Ihrer eigenen Praxis: Wer ist formal zuständig? Wer ist Auftraggeber? Der Nächste wurde nur vom Chef geschickt. Wer profitiert von dem Projekt? Dann gibt es Bedenken. All diese Dinge hindern uns auf praktischer Ebene. Wir werden es am Ende also nur schaffen, wenn wir das Ganze als Gemeinschaftsaufgabe verstehen und neue Formen der Zusammenarbeit mit klarer Trägerschaft und Identifikation entwickeln. Dafür brauchen wir insgesamt einen Wandel.

Welche Beispiele gibt es bereits, wo das funktioniert? Den Wolkenbruchplan von Kopenhagen haben wir in der Wasserwirtschaft alle bereits kräftig gefeiert. Jeder ist nach Kopenhagen gefahren und hat ihn sich angesehen. Dort sehen Sie auch, dass das eine echte Chance für die Stadt ist.

Auch im Ruhrgebiet haben wir es auf den Weg gebracht, bis 2030 250 Millionen Euro in

Klimaanpassungsmaßnahmen zu investieren. Die Zielsetzung ist klar: 25 Prozent Abkopplung befestigter Flächen und 10 Prozent mehr Verdunstung. Das ist ein Wort, und damit werden wir das Ruhrgebiet – glaube ich – gut für die Zukunft aufstellen.

Gestatten Sie mir zum Abschluss einen politischen Ausblick mit einigen Empfehlungen. Wir haben auf allen Ebenen Wasserstrategien – eine Nationale Wasserstrategie und Wasserstrategien auf Ebene der Bundesländer. Diese sind alle völlig richtig, und alles, was darin steht, ist gut. Wenn man aber keinen einzigen Euro dafür bereitstellt, muss man solche Strategien nicht erarbeiten, dann kann man es auch gleich sein lassen. So ist es leider durchweg: Wir sind nicht bereit, die notwendigen Maßnahmen finanziell zu hinterlegen, um das umzusetzen, was wir alle wissen. Das muss einmal so offen ausgesprochen werden. Zudem möchte ich noch einmal die Bedeutung des Themas betonen.

Wasser wird künftig das zentrale Querschnittsthema sein. Jede Industrieansiedlung wird demnächst auch über das Thema Wasser gelöst werden müssen – nicht nur bei der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung, sondern auch mit Blick auf die Frage, ob in der Region, in der die Ansiedlung stattfindet, überhaupt genug Wasservorräte vorhanden sind. Wir alle in der Wasserwirtschaft sehen deshalb, dass zum Beispiel die Ansiedlung von Tesla in Grünheide ein grandioser Fehler war, weil dort das Wasserdargebot nicht ausreicht.

Beim Corona-Monitoring wurde bereits deutlich, dass die Abwasserwirtschaft in der Gesundheitsvorsorge eine große Rolle spielt. Durch die Kommunalabwasserrichtlinie der Europäischen Union wird dies demnächst für die Gesundheitsüberwachung insgesamt verpflichtend. Die Abwasserwirtschaft wird dieses Monitoring aus dem Abwasser also vornehmen, ebenso wird eine engere Verbindung zu den Gesundheitsbehörden nötig sein.

Dritter Punkt ist die Energiewende. Auch hier ist die Abwasserwirtschaft besonders gefragt. In der Regel sind Kläranlagen die größten Energieverbraucher einer Stadt. Eine Kläranlage in Bottrop beispielsweise verbraucht so viel Strom wie eine Stadt mit 35 000 Einwohnern. Wir haben die europäische Vorgabe, bis 2045 energieautark zu sein. Wir werden also mit Wind, mit Photovoltaik und auch mit Aquathermie, also Wärme aus dem Kanal oder aus dem Kläranlagenablauf, an der Energiewende mitwirken müssen.

Der vierte Punkt: Auch beim Umbau der Städte werden wir als Wasserwirtschaft eine viel aktivere Rolle spielen müssen. Meine Hoffnung liegt weniger darin, dass all das politisch gelöst wird – ich sage Ihnen das so offen. Ich glaube, dass wir die Lösung von unten erreichen müssen. Das führt mich dazu, dass die Wasserwirtschaft eine neue Rolle braucht. Für mich bedeutet das, dass die Branche lauter und politischer werden und sich in öffentliche Debatten einmischen muss. Wir brauchen in der Wasserwirtschaft auch neue Strukturen. Wir sind in Deutschland viel zu kleinteilig aufgestellt. Jede kleine Kommune muss die Fragen des Hochwasserschutzes, der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung selbst lösen. Wir brauchen einen breit angelegten Dialog in Deutschland über andere Governance-Strukturen in der Wasserwirtschaft, um diese Fragen zu lösen. Das als kleine Einführung von meiner Seite. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Was Sie uns geschildert haben, ist problematisch, aber das hatten wir bereits geahnt und uns deshalb auch mit dem Thema befasst. Meine Frage ist zunächst – Sie haben sie teilweise bereits beantwortet –: Haben diejenigen, die das berücksichtigen müssen und sollten, also die Gremien und die Ebenen, sowohl die politischen als auch die Verwaltungsebenen, das bereits begriffen? Gibt es dafür ein Verständnis, oder arbeiten wir noch daran? Es liegen bereits einige Wortmeldungen vor, die ich gleich aufrufe, damit wir sie in einer Runde beantworten können. Frau Abg. Kreiser von der Fraktion der SPD.

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Herzlichen Dank auch an Herrn Professor Drewes für Ihre Ausführungen. Ich möchte zuerst auf die Ausführungen zum WBGU eingehen. Sie haben einiges aufgeführt, was Herr Professor Paetzel nicht wiederholt hat, weil er andere Aspekte in den Vordergrund gestellt hat.

Wie bereits erwähnt, haben wir mit der Nationalen Wasserstrategie und ihren 78 Aktionen bereits einen Umsetzungsrahmen. Ein Drittel davon wird derzeit priorisiert und in den Ländern sowie durch das Umweltamt festgelegt. Es ist aber auch wichtig, dass wir eine Finanzierung hinterlegen. Da bin ich bei Ihnen, denn ich bin Gemeindebürgermeisterin und Abwassermeisterin und weiß, was das bedeutet. Ich habe gerade eine konventionelle Sanierungsmaßnahme in der Abwasser- und vor allem in der Regenwasserkanalisation über 850 000 Euro – für eine Gemeinde mit einem Jahreshaushalt von 1,2 Millionen Euro. Daran sehen Sie bereits, welche Herausforderungen das sind. Nichtsdestotrotz profitieren die Kommunen von diesem Umbau und auch von der Speicherung.

Ich möchte noch einmal auf die Harzwasserwerke zurückkommen, weil sie bei mir in der Nähe liegen. Es geht nicht allein um eine neue Talsperre und die Frage, ob die Talsperren voll werden. Auch der Betrieb von Talsperren unter den Bedingungen des Klimawandels ist eine immense Herausforderung. Sie müssen ein überaus gut funktionierendes Wassermanagement organisieren. Es gibt dort aber auch neue Anreize, denn bei den Regenereignissen 2022 und 2023 waren die Talsperren zum ersten Mal seit 30 Jahren überhaupt wieder voll. Für solche Ereignisse, die als Starkregenereignisse eintreten können, müssen auch andere Speicher geschaffen werden, wie Sie selbst festgestellt haben. Das Wasser wird weiterhin benötigt.

Bei Ihnen fehlt mir ein wenig die natürliche Wiedervernässung. Dafür gibt es gerade im Wald einige Möglichkeiten. Wir haben leider das Problem, dass der Harz derzeit zu 38 Prozent entwaldet ist, er wächst aber gut wieder auf. Bei diesem Aufwuchs muss man berücksichtigen, dass auch dort Wasserspeicher geschaffen werden. Insofern denke ich, dass man über den Ausbau von Talsperren diskutieren darf und sollte. Es geht nicht darum, neue zu bauen, sondern vielleicht darum, bestehende um einige Meter zu erhöhen oder alte Stollen als Speicherkapazität zu nutzen und gleichzeitig die Wasserkraft mitzudenken.

Die Regenereignisse sind eine globale Herausforderung. Sie haben es gesagt: Sie betreffen unsere Nachbarländer hier in Europa, es gibt sie aber auch in Amerika und in Asien, insbesondere in China, etwa in Wuhan. Dort ist das Gleiche geschehen wie in Kopenhagen, und man hat vor 15 Jahren die komplette Stadt umgebaut. Bekanntlich geht es in China etwas schneller – das liegt aber auch daran, dass es dort keine demokratischen Prozesse gibt. Genau das hat Herr Professor Paetzel angesprochen: Es muss eine bessere Governance geben, eine Plattform zur besseren Vernetzung, weil wir vor allem länderübergreifende Herausforderungen haben. Bei der Wassernutzung haben wir bislang ein föderales System. Die Nationale Wasserstrategie sieht vor, dass wir länderübergreifend tätig werden.

Daher meine Frage an Herrn Professor Paetzel: Wie sollte eine solche Plattform, ein solches Netzwerk aussehen? Das kann nur in Zusammenarbeit von Bund und Ländern, kommunalen Spitzenverbänden und Wasserverbänden geschehen. Nichtsdestotrotz bräuchte man auch die Bezirksebene – die Bezirksregierungen gibt es in Nordrhein-Westfalen noch, in Niedersachsen nicht mehr. Dort sind es die Regionalverbände, die auch die Aufgabe haben, den Blick über die Karte zu werfen und festzulegen, wo ein Umbau sinnvoll ist.

Ich kann nur bestätigen, was Sie beide gesagt haben: Die Gesellschaft profitiert davon, die Kommunen wasserresilient umzugestalten – zum Hochwasserschutz und zum Hitzeschutz. Wir brauchen vor allem die Wasserwiederverwendung, das ist ebenfalls wichtig. Wir diskutieren gerade die KARL, also die Kommunalabwasserrichtlinie, in deren Rahmen die vierte Reinigungsstufe mitdiskutiert wird. Auch da muss man aber klar sagen: Bei der jetzigen Novellierung darf der Anspruch nicht so hoch sein, dass wir gereinigtes Abwasser zu Trinkwasser aufbereiten, ohne den Kostenfaktor zu sehen, nur um es anschließend zu verregnen. Da muss man mit Augenmaß handeln. Viele Kommunen haben sich bereits auf den Weg gemacht. Der Lippeverband hat zum Beispiel bereits vierte Reinigungsstufen, aber auch die Stadt Wolfsburg, die gerade mit Membrantechnik baut. Das ist eine immense Herausforderung, insbesondere was die industrielle Nutzung betrifft. Dort gibt es klare Standards: Die Industrie darf Wasser zum Beispiel nur nutzen, wenn es

Trinkwasserqualität hat. Da muss man – denke ich – umdenken. Meine Kollegin, die neben mir sitzt, kennt das Thema Braunkohle, also den Rückbau und die Probleme mit der Spree, wenn das Wasser zurückfließt. Das ist eine immense Aufgabe für Deutschland. Ich kann Sie da nur unterstützen. Wir als Fraktion werden das intensiv begleiten und unterstützen und nehmen die Ideen gerne auf. Herzlichen Dank.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. Wir haben die Expertise der Fachfrau zur Kenntnis genommen – alle Achtung! Als Nächster hat sich Herr Abg. van Beek von der CDU/CSU gemeldet.

Abg. **Sascha van Beek** (CDU/CSU): Vielen Dank. Zunächst freue ich mich, dass mit der Emschergenossenschaft ein innovativer Wasserverband vertreten ist, der auch meinen Wahlkreis betrifft, weil sowohl die Emscher als auch die Lippe in meinem Wahlkreis in den Rhein münden. Deshalb kann ich die gute Arbeit vor Ort bestätigen. Ich habe im Prinzip die gleiche Frage wie Frau Abg. Kreiser: Wie könnte die neue Plattform oder die Governance aussehen? Mein Wahlkreis liegt unmittelbar an der niederländischen Grenze. Dort kennen wir das System des Rijkswaterstaat, mit dem man aufgrund einer anderen Betroffenheit ein völlig anderes System etabliert hat. Der Rijkswaterstaat ist nicht nur für die Wasserwirtschaft, sondern zum Beispiel auch für die Autobahnen zuständig, weil man diese als „Entflüchtungsinstrument“ in diesem Land braucht. Es gibt also eine sehr tiefe Vernetzung mit anderen Politikfeldern, die mit Wasser zu tun haben. In Deutschland sehen wir dagegen aufgrund des Föderalismus eine sehr kleinteilige Struktur – über Bezirksregierungen, Länder und den Rhein als Bundeswasserstraße bis hin zu Deichverbänden, die im Ehrenamt geführt werden. Das sind gute Strukturen, die funktionieren, bei der Abstimmung aber immer wieder auf Probleme stoßen. Mich würde daher interessieren: Welche Vorstellungen haben Sie beide, wie man bei der Umsetzung der Nationalen Wasserstrategie eine gute Plattform finden kann, ohne eine neue Behörde zu schaffen oder neue bürokratische Hürden einzubauen?

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Es hat sich noch Herr Abg. Wagener von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Abg. **Niklas Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank für Ihre spannenden Vorträge. Im Land- und Forstwirtschaftssektor diskutieren wir zunehmend über den Wasserrückhalt in der Fläche. Wir müssen auch zunehmend feststellen, dass es nicht ausreicht, innerhalb der Stadt oder an der Gemeindegrenze damit anzufangen, Rückhaltebecken auszuheben. Vielmehr muss man bereits weiter oben, im Wald und auf den landwirtschaftlichen Flächen, beispielsweise mit Agroforstsystemen, überlegen, wie man Wasser in der Fläche besser zurückhalten und versickern lassen kann.

Sie haben auch die Wiederherstellungsverordnung (WVO) und ihre Anwendung auf die Städte angesprochen. Als Stadtrat weiß ich, wie angespannt die Haushaltssituation ist und dass mit der vierten Reinigungsstufe, der Kanalisation und so weiter, wie wir gerade gehört haben, bereits genügend finanzielle Belastungen auf die Kommunen zukommen werden. Mit der WVO sind nicht nur bestimmte Vorgaben verbunden, sondern auch die Chance, entsprechende Förderungen über die Europäische Union zu organisieren. Sehen Sie eine Chance, diesen gemeinsamen Ansatz – WVO-Vorgaben für die Städte, aber auch für die ländlichen Räume – zusammenzudenken und die Kommunen bei der gemeinsamen Herausforderung Wasserrückhalt und Wassermanagement durch Förderung dabei zu unterstützen, diese notwendigen Maßnahmen zu finanzieren? Ihre Einschätzung dazu würde mich interessieren. Danke.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir derzeit nicht vor, deshalb würden wir gerne in eine Antwortrunde einsteigen. Herr Professor Paetzel, wenn Sie beginnen möchten.

Sachverständiger **Prof. Dr. Uli Paetzel** (Präsident der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)): Danke für die spannenden Fragen und die Hinweise. Bei der Wiederherstellungsverordnung und der Förderung müssen wir – glaube ich – immer versuchen, in multifunktionalen Lösungen zu denken. Wir

müssen davon wegkommen, nur sektoral zu schauen. Wir werden die Städte höher bauen müssen und eher in diese Richtung gehen als weiter in die Fläche. Das wird sicherlich eine Veränderung der Denkweise mit sich bringen. Wenn ich mir Brüssel anschaue, scheint es dort bereits eine Menge an Förderung und Unterstützung für genau solche Projekte zu geben, zumindest für Modellvorhaben. Ob wir das flächendeckend gefördert bekommen, ist sicherlich eine andere Frage.

Wie sieht eine Struktur der Zukunft aus? Ich glaube, dass man sich gut am niederländischen Modell orientieren kann. Flüsse müssen in ihrem gesamten Einzugsgebiet bewirtschaftet werden. Das ist keine kommunale, sondern eine überkommunale Aufgabe. Es braucht eine Organisation, die für das gesamte Einzugsgebiet verantwortlich ist. Dann gibt es keine Diskussionen mehr zwischen Ober- und Unterliegern: Warum soll der Unterlieger etwas tun, was dem weiteren Unterlieger nicht gefällt? Oder warum soll der Oberlieger etwas tun, das er bezahlen muss, das aber nur dem Unterlieger nützt? Diese Fragen können Sie nur überkommunal lösen. Wir brauchen also Organisationen, die so aufgestellt sind.

Zweitens müssen diese Organisationen nach niederländischem Vorbild ihre Projekte auch selbst genehmigen können. Das klingt zunächst widersinnig, ich möchte es Ihnen aber an einem Beispiel verdeutlichen: Jede Stadtverwaltung hat eine Bauordnungsbehörde. Diese ist fachaufsichtlich nicht dem jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten unterstellt, sondern nur dienstaufsichtlich. So könnte man es zum Beispiel auch hier handhaben. In den Niederlanden ist das noch radikaler, dort kann die jeweilige Organisation die Selbstgenehmigung tatsächlich im Namen des Königs vornehmen. Wir müssen jedenfalls davon wegkommen, dass weitere Behörden beteiligt sind. Das lässt sich lösen, indem man diese überkommunalen, nach Einzugsgebieten organisierten Strukturen als Körperschaften des öffentlichen Rechts ausstattet, die dann überkommunal tätig sind und auch die Selbstgenehmigung durchführen.

Ich möchte Ihnen ein bescheidenes Beispiel nennen: Auf einen Planfeststellungsbescheid für die Sanierung eines vorhandenen und genehmigten Deiches warten wir dreieinhalb Jahre – dreieinhalb Jahre! Wir haben 17 Seiten Nebenbestimmungen. Das ist deutsche Realität. Das ist nicht nur ein Einzelfall, den wir gerade erlitten haben, sondern das können Sie landauf, landab überall sehen. Wenn wir es nicht schaffen, diese Hochwasserschutzfragen zu priorisieren, wird das nicht funktionieren. Die Deichverbände, die bei der Unterhaltung einen hervorragenden Job machen, bekommen das ehrenamtlich gut hin, bei Investitionen aber professionell nicht. Auch das spricht dafür, überkommunale Strukturen zu schaffen, die diese Investitionen nach Einzugsgebieten durchführen. Ich glaube, die Lösung muss größer gedacht werden, und wir müssen uns in Deutschland aufraffen, größere Lösungen zu schaffen.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank so weit. Wir wechseln nun zu Herrn Professor Drewes.

Sachverständiger **Prof. Dr.-Ing. Jörg E. Drewes** (Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU); Leiter des Lehrstuhls und der Versuchsanstalt für Siedlungswasserwirtschaft, Technische Universität München): Herzlichen Dank, auch für die Fragen und die Anregungen. Ich kann gleich an die Ausführungen von Herrn Professor Paetzel anknüpfen. Auch ich halte es für wichtig, dass wir bei allen Anforderungen immer multifunktional denken. Die Wiederherstellungsverordnung ist wichtig. Wenn Sie sich aber allein die Kommunalabwasserrichtlinie anschauen und was dort alles auf die Betreiber zukommt – strengere Einleitwerte einhalten, Mischwasserentlastungen reduzieren, die vierte Reinigungsstufe etablieren, Energierückgewinnung realisieren –, dann überfordert das viele Kommunen, nicht nur finanziell, sondern auch bezüglich der Kapazitäten, insbesondere wenn wir auf kleinere Einheiten schauen. Das ist sicherlich ein Nachteil. Nordrhein-Westfalen hat da ein Modell, auf das auch Herr Professor Paetzel abhebt, mit einer Verbandsstruktur, die ein Einzugsgebiet organisiert und bereits vor 100 Jahren etabliert wurde. Das hat sicherlich historische Gründe, bietet aber unter den heutigen Randbedingungen große Vorteile. Man könnte sich also an das niederländische Modell oder an das Modell des

Ruhrverbands oder der Emschergenossenschaft anlehnen.

Die Frage ist: Greift das für alle Fälle in Deutschland? Da würde ich etwas differenzierter antworten, weil wir sehr unterschiedliche Randbedingungen haben und man vielleicht auch mit kleineren Struktureinheiten arbeiten kann. Wichtig ist aber auf jeden Fall, Verbünde zu schaffen und Wasserverbände zu etablieren und zu autorisieren. Ich möchte noch einmal unterstreichen, was ich bereits ausgeführt habe: Diese Verbandsstrukturen müssen auch befähigt werden – bis hin zur Selbstgenehmigung, da bin ich bei Herrn Professor Paetzel. Nur so werden wir eine Beschleunigung und eine Vereinfachung der Verfahren erreichen.

Das muss unter staatlicher Aufsicht geschehen. Es gibt aber Modelle, die zeigen, dass das funktioniert und man eine solche Governance-Struktur dezentraler organisieren kann. Das bedeutet allerdings auch ein Stück weit Autonomieverlust. Sie wissen, Wasser ist eine lokale Ressource. Für Kommunen, Gemeinden und Städte ist es häufig eine wichtige Ressource, auch eine Einkommensquelle. Deswegen werden Kommunen zögern, diese komplett aus der Hand zu geben. Das funktioniert nur, wenn die Vorteile so überzeugend sind, dass man sich einem Verbund anschließt.

Ich denke, hier kann auch der Gesetzgeber und damit der Bundestag helfen, indem er entsprechende rechtliche Grundlagen schafft und dazu beiträgt, dass solche Verbandsstrukturen schneller auf den Weg gebracht werden. Das wäre sicherlich eine Beschleunigung.

Noch ein Wort an Frau Abg. Kreiser: Herzlichen Dank noch einmal für Ihre Ausführungen. In der Tat habe ich mich etwas verkürzt auf die Städte konzentriert. Sie haben völlig recht, dass die Stärkung des Landschaftswasserhaushalts essenziell ist. Ich möchte noch einmal betonen, dass wir nicht nur an die Städte denken sollten, sondern dass gerade das Wasser hier ein verbindendes Element ist. Viele Wasserversorgungen hängen vom Umland und von ländlichen Regionen ab. Deswegen müssen wir das immer zusammen betrachten. Nur so kann auch die Wasserversorgung von Städten, insbesondere wenn sie stark wachsen wie Berlin und andere, gewährleistet und sichergestellt werden. So viel zunächst von meiner Seite. Herzlichen Dank.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. Der Begriff der Instationarität war mir neu, und wenn ich ihn richtig verstanden habe, wird sie nach Ihrer Prognose das neue Normal. Sie haben – glaube ich – unausgesprochen vorausgesetzt, dass es sich dabei um Folgen des menschengemachten Klimawandels handelt. Wir haben vor allem das Gleichgewicht durcheinandergebracht, und das selbst hier in unseren gemäßigten Breiten. Wie viel schlimmer muss das in anderen Regionen der Welt ausfallen, die nicht über unsere Möglichkeiten verfügen? Es ist also ein großes und auch nicht mehr einhegbares Phänomen, mit dem wir nun auskommen müssen. So habe ich das verstanden.

Wir sind ein Teil des Deutschen Bundestages. Deshalb würde ich das gerne noch einmal von Ihnen konkretisiert haben: Wo sehen Sie konkret Handlungsbedarf beim Bund – gesetzlich oder auch finanziell? Letzteres liegt immer auf der Hand, aber wir haben auch eine Haushälterin hier im Beirat, sodass ich offen sagen kann, dass die Möglichkeiten dort begrenzt sind. Wahrscheinlich muss man auch hier sagen, dass die Folgekosten unterlassener Anpassungs- oder Präventionsmaßnahmen höher sind als die Kosten der Prävention und man deshalb jetzt investieren muss. Was also muss der Bund tun? Was sollte man vielleicht auch den Verbrauchern sagen? Wie können Verbraucher bereits durch nicht allzu große Änderungen in ihrem Umgang mit Wasser dazu beitragen, die Probleme ein Stück weit zu lösen oder gar nicht erst so groß werden zu lassen? Gäbe es da Botschaften, die wir transportieren sollten?

Weitere Fragen liegen im Moment nicht vor, daher könnten Sie gleich antworten, wenn Sie möchten. Herr Professor Drewes.

Sachverständiger **Prof. Dr.-Ing. Jörg E. Drewes** (Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU); Leiter des Lehrstuhls und der Versuchsanstalt für Siedlungswasserwirtschaft, Technische Universität München): Herzlichen Dank, Frau

Vorsitzende. Es ist in der Tat gut, dass Sie noch einmal auf die Instationarität abheben. Ich glaube, die Evidenz ist sehr deutlich, was hier der Treiber ist: im Wesentlichen der Klimawandel und der Temperaturanstieg, der unmittelbar auf den Wasserhaushalt wirkt. Herr Professor Paetzel und ich haben Ihnen einige Beispiele gezeigt, wie sich das auch in Deutschland auswirkt. Sie werden das aus Ihren eigenen Wahlkreisen kennen.

Selbst in Regionen, die eher als wasserreich galten, sehen wir, dass Bäche bereits im Mai trockenfallen. Wenn wir an das letzte Jahr denken, kommen wir aus einem sehr trockenen Frühjahr. Das Frühjahr ist ohnehin verkürzt, und Talsperren sind im Winter häufig nicht voll. Das sind Situationen, die wir so in der Vergangenheit nicht kannten. Wenn wir prognostizieren, wie sich das weiter entwickeln wird, wird es immer schwieriger, dies vorherzusehen. Die Schäden können dann entsprechend stark ausfallen.

Insofern ist es wichtig, mitzudenken und zu prognostizieren, was das bedeuten kann. Sie hatten bereits darauf hingewiesen, dass wir mehr Gewicht auf die vermiedenen Kosten künftiger Schäden legen und dies auch als Argument nutzen sollten, jetzt Geld in die Hand zu nehmen. Ein Nachteil in diesem Sektor ist – glaube ich – die Tatsache, dass Investitionen und Maßnahmen, die wir heute auf den Weg bringen, erst in zehn und mehr Jahren wirksam werden. Diese Sichtbarkeit ist für die Gebührenzahler und die Bürger, zum Teil auch für die Entscheidungsträger, nicht sofort gegeben.

Deswegen gibt es die Tendenz zu sagen: Wir können das erst einmal liegen lassen, wir haben ja noch Zeit. Wir haben aber keine Zeit. Wir müssen die Entscheidungen jetzt angehen, denn die Wirkung tritt verzögert ein. Das ist wichtig, und das ist vielleicht auch die Botschaft, die wir gegenüber den politischen Entscheidungsträgern stärken sollten: langfristig zu denken – langfristiger und mutiger, über eine Wahlperiode hinaus – und dann auch die Stetigkeit der Finanzierung zu gewährleisten. Für diesen Umbau und diese Anpassung sind enorme Ressourcen nötig. Wenn wir das heute tun und veranlassen, werden wir langfristig durch vermiedene Schadenskosten substanzielle Summen einsparen.

Ich glaube, dafür gibt es genug Beispiele, die wir hier zeigen können oder die man sich anschauen kann und bei denen das gut wirkt. Alle sind gefordert, auch alle Bürger. Ich glaube, wir müssen proaktiver kommunizieren, welchen Wert diese Wasserinfrastruktur hat. Wir reden über Daseinsvorsorge. Wir haben in diesem Land das große Gut und den Luxus, aus jedem Wasserhahn sicheres Wasser trinken zu können. Das kommt nicht von ungefähr, und das Wasser wird auch auf sichere Weise wieder entsorgt. Es geht also darum, diese Stärke zu vermitteln und deutlich zu machen, was die Bürger für ihren Gebührenbeitrag bekommen. Im Vergleich zu anderen Ausgaben ist das eine relativ kleine Summe. Viele Bürger wissen gar nicht, was sie für ihr Wasser bezahlen. Da müssen wir proaktiver sein, und auch die Politik kann bei der Kommunikation helfen, welchen Wert das Wasser darstellt, auch für die Zukunftssicherung. Ich würde an alle appellieren, das zu unterstützen. Vielen Dank.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. Herr Professor Paetzel, möchten Sie noch etwas ergänzen?

Sachverständiger **Prof. Dr. Uli Paetzel** (Präsident der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)): Ich möchte gerne noch einen zweiten Aspekt beleuchten und schließe mich den Ausführungen von Herrn Professor Drewes vollumfänglich an. Nach dem Wasserhaushaltsgesetz sind die Verbraucher selbst für die Starkregen- und Hochwasserprävention an ihren eigenen Objekten verantwortlich. Wir haben in Deutschland lange über eine Pflichtversicherung diskutiert, und diese Diskussion ist immer noch nicht beendet. Ich weiß, das ist ein sehr heikles, politisch sehr umstrittenes Thema, deswegen spreche ich es hier nur am Rande an. Es gibt einfache Maßnahmen: das Wasser vom eigenen Haus wegführen, eine Stufe am Eingang anlegen, die Kellerschächte abdichten, eine Rückschlagklappe im Keller einbauen. Das kostet sehr wenig. Mit 1 000 bis 1 500 Euro für solche kleineren Maßnahmen hat man sein Objekt geschützt. Das wissen die meisten Menschen aber gar nicht.

Wir haben für unser Verbandsgebiet eine App entwickelt, in die die Hochwassergefahrenkarten der Kommunen, unsere eigenen und die des Landesumweltamts sowie die Starkregengefahrenkarten der Städte integriert

sind. Jeder Bürger kann seine Adresse eingeben und genau sehen, wie er in welchem Fall betroffen ist. Anschließend erhält er automatisiert Hinweise, was er tun kann. Diese App haben wir inzwischen für ganz Nordrhein-Westfalen ausgerollt. Das wäre ein praktisches Beispiel, das wir auf die gesamte Bundesrepublik ausdehnen könnten, weil die Hochwasser- und Starkregengefahrenkarten vorhanden sind. So könnten wir die Bürger auf diesem Weg der Eigenvorsorge viel besser mitnehmen.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. Das sollten wir uns vielleicht einmal anschauen und überlegen, an welches Ministerium wir diesen Hinweis weitergeben können. Mit Apps kennt sich das neue Digitalministerium am besten aus, der Sache nach wäre es aber eher ein Umweltthema.

Ich wollte auch noch nach Rückständen und Belastungen des Wassers fragen, also nach der Wasserqualität und nicht nach der Wassermenge. Es gibt einen vielleicht etwas zu sorglosen Umgang mit vielen Medikamenten oder Wirkstoffen. Diclofenac beispielsweise ist – glaube ich – sehr schwer abbaubar. Im privaten Bereich wird das bei der Frage, ob man es nutzt oder ob es unproblematischere Alternativen gibt, aber nirgendwo bedacht, sondern es wird fast sprichwörtlich vorsorglich genutzt.

Es gibt sicherlich noch weitere Beispiele, etwa Informationen darüber, welche Drogen in welchen Städten in welchem Maße und mit welchen Schwankungen konsumiert werden, wie sich aus dem Abwasser ablesen lässt. Es scheint also noch eine deutlich spürbare Belastung zu geben. Wird diese von unseren Kläranlagen zufriedenstellend herausgefiltert, oder ist das eine bleibende Belastung? Brauchen wir dafür vielleicht neue Technologien? Wie ist der neueste Stand, damit wir die Reinheit des Wassers gewährleisten können?

Nun gibt es noch eine weitere Wortmeldung von Frau Abg. Bosbach.

Abg. **Caroline Bosbach** (CDU/CSU): Ich würde spontan an die Frage der Frau Vorsitzenden anknüpfen, und zwar ebenfalls zum Thema: „Was ist eigentlich alles in unserem Wasser?“

Herr Professor Drewes hat am Anfang etwas angeschnitten, das mich fasziniert, nämlich welche Rohstoffe wir aus dem Wasser zurückgewinnen können, wie es für die Energie bereits der Fall ist. Meine konkrete Frage: Gibt es dafür bereits skalierbare Verfahren? Ich denke zum Beispiel an Phosphor als Rohstoff – auch vor dem Hintergrund dessen, worüber wir aus sehr offensichtlichen Gründen derzeit fast täglich sprechen, und mit Blick darauf, Wasser wertzuschätzen und zu schützen.

Zum Abschluss noch eine andere Frage: In beiden Vorträgen, aber ohnehin jede Woche, wenn wir über Nachhaltigkeit sprechen, werden die Zielkonflikte sehr deutlich – besonders, wenn es auf der einen Seite um die Schaffung von Wohnraum und auf der anderen Seite um den Flächenbedarf für blau-grüne Infrastruktur geht. Könnten Sie noch einmal darauf eingehen, wie dieser Konflikt bestmöglich gelöst werden kann und was das für Ihre Arbeit bedeutet?

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Herr Professor Paetzel, wenn Sie beginnen möchten.

Sachverständiger **Prof. Dr. Uli Paetzel** (Präsident der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)): Gerne. Frau Vorsitzende, Sie haben zielsicher die beliebteste Pressemitteilung eines jeden Kläranlagenbetreibers angesprochen, nämlich die Drogenverteilung nach Städten – wer in welcher Stadt in welchem Umfang welche Drogen nimmt, zugespitzt gesagt.

Unsere Kläranlagen sind nicht in der Lage, alle Medikamenten- und Kosmetikrückstände herauszufiltern. Das ist auch ein Grund, warum sich die Gewässer bisher weder chemisch noch ökologisch in dem von der Europäischen Union vorgegebenen guten Zustand befinden. Das ist der Grund, warum die Kommunalabwasserrichtlinie nun bis 2045 vierte Reinigungsstufen für die mittleren und großen Kläranlagen vorsieht.

Wir erleben, dass bei der Trinkwasseraufbereitung, die in der Regel Grund- oder Flusswasser nutzt, der Aufwand zunimmt. Wir müssen über Ozonierung, UV-Behandlung, Filtration durch Sande etc. nachdenken. Die Verfahren werden also aufwendiger, und der Trinkwasserpreis wird dadurch nicht sinken. Wenn die Pharma- und die Kosmetikindustrie so

weitermachen und Produkte auf den Markt bringen, ohne dieses Thema vorher zumindest zu berücksichtigen – Stichwort „Green Pharmacy“ –, werden wir nicht weiterkommen.

Es gibt nun die Herstellerverantwortung, die in Brüssel im Trilogverfahren von Parlament, Rat und Kommission verabschiedet worden ist. Danach müssen die Hersteller, also die Pharma- und die Kosmetikindustrie, 80 Prozent der Investitions- und Betriebskosten der vierten Reinigungsstufen übernehmen. Das wird sicherlich eine wirtschaftliche Lenkungswirkung haben und am Ende auch große positive Effekte für die aquatische Umwelt bedeuten.

Zur zweiten Frage, welche Rohstoffe wir aus Wasser beziehungsweise Abwasser gewinnen können: Ich glaube, dass wir beim Thema Abwasserwärme noch viel zu wenig tun. Alle Studien sagen, dass wir etwa 10 bis 15 Prozent des deutschen Wärmebedarfs aus Abwasser decken können. Ich glaube, wir müssen das Thema Aquathermie noch viel stärker in den Vordergrund rücken. Wir können in der Kanalisation mit Wärmetauschern Wärme gewinnen. Der Élysée-Palast zum Beispiel wird bereits seit Langem so versorgt. Wir selbst versorgen auf diese Weise auch eine Reihe von Schwimmbädern. Hier gibt es also Möglichkeiten, und auch in den Kläranlagenablauf lassen sich solche Wärmetauscher gut integrieren.

Beim Thema Phosphor haben wir das Problem, dass ab 2029 der Phosphor aus den Klärschlammaschen zurückgewonnen werden muss. Die Herausforderung besteht darin, dass es noch keine bundesgesetzliche Regelung gibt, wie dieses Rezyklat als Dünger auf den Markt kommt. Wir haben jetzt 2026, und Stand heute gibt es in Deutschland keine großtechnische Anlage, die dazu in der Lage ist – und auch sonst nirgendwo auf der Welt. Selbst die Schweizer, die das bis 2026 erreichen wollten, haben es nicht geschafft.

Ich habe mich in meiner Funktion als Präsident der DWA zu diesem Thema an den Bundesumweltminister gewandt und ihn gebeten, über die Fristen für das Phosphorrecycling nachzudenken. Bis 2029 müssen wir das als Branche umsetzen. Wenn wir es nicht schaffen, den Phosphor aus den Klärschlammaschen oder aus dem Klärschlamm herauszuholen, müssen wir die Aschen deponieren – und wir haben in Deutschland keine Deponiekapazitäten. Sie wissen auch, wie lange es dauert, neue Deponien gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen. Wir haben hier beim Thema Phosphor eine offene Flanke, so richtig und wichtig das Ziel ist, das der Gesetzgeber vor sieben, acht Jahren zu Recht benannt hat, dass wir Phosphor aus dem Klärschlamm zurückgewinnen müssen.

Zur letzten Frage, auf die ich eingehen möchte: Die Zielkonflikte werden immer bestehen bleiben, und wir werden sie nur lösen können, wenn wir in multifunktionalen Lösungen denken – wenn also Spielplätze und Spielflächen auf Schulhöfen zugleich Überflutungsflächen sind, wenn wir Dächer als Gründächer und Fassaden als Grünfassaden nutzen, wenn wir Gewerbe, Wohnen und vielleicht auch Kitas in einem Gebäude denken. Wir müssen anders an die Stadtplanung herangehen. Nur dann können wir Zielkonflikte lösen.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. Wie sagen wir es denjenigen, die es nun umsetzen müssen? Das ist immer die schwierige Frage. Abgesehen vom Geld: Wie schafft man es bei aller Professionalisierung und den größeren Strukturen, die Sie anmahnen, das Ehrenamt und dessen Beitrag nicht zu verdrängen, weil es sonst noch schwieriger wird? Das sind die schwierigen Aufgaben, die wir mitnehmen. Abschließend frage ich noch: Filtern Sie Ihr Trinkwasser, oder trinken Sie noch aus dem Wasserhahn? Was empfehlen Sie uns hier in Berlin?

Sachverständiger **Prof. Dr. Uli Paetzel** (Präsident der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)): Immer aus dem Wasserhahn. Trinkwasser ist das am besten kontrollierte Lebensmittel in ganz Deutschland. Das können Sie überall problemlos und voller Überzeugung tun.

Sachverständiger **Prof. Dr.-Ing. Jörg E. Drewes** (Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU); Leiter des Lehrstuhls und der Versuchsanstalt für Siedlungswasserwirtschaft, Technische Universität München): Dem kann ich mich voll

anschließen. Auch ich trinke Wasser aus dem Wasserhahn, ebenso meine Familie und meine Kinder, und diese Botschaft gebe ich immer weiter. Es ist ein hervorragendes Lebensmittel. Damit es so bleibt, ist es wichtig, dass wir uns dafür einsetzen, und es wäre gut, wenn es möglichst naturnah gewonnen werden kann. Wir wollen keine Chemiefabriken in unseren Trinkwasserwerken, und genau dafür gibt es eine vierte Reinigungsstufe. Diese wird aber nicht ausreichen, weil eine Kläranlage nur gut abbaubare Stoffe entfernen kann und auch die vierte Reinigungsstufe nicht alle problematischen Stoffe entfernen wird. Umso wichtiger ist es, zu identifizieren, welche Stoffe problematisch sind, und diese möglichst an der Quelle zu vermeiden. Das sollten wir mitnehmen, und hier sind alle Bürger gefragt, ihren Beitrag zu leisten und ihre Sensibilität für das Wasser zu steigern.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Das war ein Werbeblock und noch einmal ein nachdrücklicher Appell an uns alle. Ich schaue noch einmal in die Runde: Gibt es weitere Nachfragen? Das ist nicht der Fall. Wir fühlen uns sehr gut informiert und noch einmal sensibilisiert für die Kostbarkeit des Wassers, das nicht selbstverständlich aus dem Wasserhahn kommt – jedenfalls nicht, wenn wir weiterhin so unbedacht damit umgehen.

Ich danke Ihnen für die Vorträge und die Antworten, für die Zeit, die Sie sich für uns genommen haben, und für Ihre Expertise. In diesem Sinne noch einmal herzlichen Dank. Unseren Sachverständigen, den Beiratsmitgliedern und auch dem Sekretariat wünsche ich noch einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 18:41 Uhr

gez.

Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB
Vorsitzende

Verweise auf PowerPoint-Präsentationen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut

Prof. Dr.-Ing. Jörg E. Drewes
A-Drs. 21(26)39

Prof. Dr. Uli Paetzel
A-Drs. 21(26)40
A-Drs. 21(26)41